

Auswertung des Sondierungspapiers von CDU, CSU und SPD vom 8. März 2025

Förderung der Zivilgesellschaft und der Wohlfahrt

Die gemeinnützige Arbeit in der Wohlfahrtspflege und Zivilgesellschaft findet im Sondierungspapier keine Erwähnung. Der Koalitionsvertrag wäre eine gute Gelegenheit, um ein Signal an alle auszusenden, die sich gemeinnützig, ehrenamtlich in der Freien Wohlfahrt, in NGOs in der Zivilgesellschaft für die Demokratie engagieren: Wir, Union und SPD, schätzen euren Einsatz auch dann, wenn er mit Kritik an Regierungshandeln verbunden ist. Wir wissen, dass die Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag zu dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und für eine lebendige Demokratie leistet, deshalb wollen wir **gemeinnützige Arbeit in Wohlfahrt und Zivilgesellschaft** ausreichend fördern und unterstützen.

Kindheit und Jugend

Im Zusammenhang mit dem Sondervermögen Infrastruktur werden explizit Investitionen in die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur benannt. Im Sondierungspapier sind außerdem folgende Punkte festgehalten, die Kindern und Jugendlichen zugutekommen sollen:

- alle Kinder und Jugendlichen sollen gerechte und gleiche Bildungschancen für ein selbstbestimmtes Leben haben.
- Wiedereinführung des **Sprachkitaprogramms** mit einer frühen Sprachdiagnostik und -förderung in der Kita und im Übergang zur Grundschule
- Einführung eines **Startchancenprogramms Kita** und Weiterführung des Startchancenprogramms Schule
- Sicherung Kompetenzerwerb Lesen, Schreiben, Rechnen, Kommunizieren bis zum Ende der 4. Klasse
- Reduzierung der Schulabbrüche
- frühe **Berufsorientierung** an Schulen für einen verbesserten Übergang Schule – Beruf, Stärkung der Kooperation mit beruflichen Schulen, der Bundesagentur für Arbeit und den Jugendberufsagenturen

Punkte wie ein Startchancenprogramm für die Kita, frühe Berufsorientierung für verbesserte Übergänge zwischen Schule und Beruf und die Verhinderung von

Schulabbrüchen sind im Einzelnen zu begrüßen, werden den Herausforderungen von Kindheit und Jugend in Deutschland aber nicht gerecht. Eine Zukunftssicherung für junge Menschen sieht anders aus. Die Abschaffung von Kinderarmut, die umfassende Ermöglichung gleicher Teilhabechancen und eine zukunftssichernde Klimapolitik ist das, was junge Generationen brauchen.

Familien und Frauen

Familien- und gleichstellungspolitisch finden sich im Sondierungspapier keine innovativen oder schon lange überfällige Ansätze wieder. Erwähnt sind:

- Leistungen aus einer Hand und Digitalisierung sollen den Zugang zu Leistungen erleichtern, beispielsweise sollen Wohngeld und Kinderzuschlag zusammengeführt werden
- die **Mütterrente** soll einheitlich mit drei Rentenpunkten umgesetzt werden
- Familien sollen im Alltag in Fragen der Betreuung, Pflege, Haushalt, Arbeit entlastet werden, indem ein jährliches **Familienbudget für Alltagshelfer** digital zur Verfügung gestellt werden soll
- es sollen gesetzliche Schritte zur **Angleichung des Lohns** von Männern und Frauen geprüft werden
- nach dem Gewalthilfegesetz soll nun das **Gewaltschutzgesetz** folgen

Gleichstellungspolitisch kommen wir mit einer einheitlichen Mütterrente und einem jährlichen Familienbudget für Alltagshelfer nicht voran. Lohnangleichungen zwischen Frauen und Männern sollen nur geprüft werden, sind nicht fest vereinbart. Hier fehlt der gemeinsame politische Wille, Gleichstellung wirklich umzusetzen.

Gesundheit, Pflege und Teilhabe

Mit drei Zeilen werden die Themen Pflege und Gesundheit unter weiteren ausgewählten Vorhaben im Sondierungspapier von Union und SPD genannt. Angesichts der enormen Herausforderungen in diesen Bereichen darf das nicht zufrieden stellen. Jetzt gilt es, dass die Arbeitsgruppen diesen Platzhalter in den Koalitionsverhandlungen konkret ausbuchstabieren und zwar im Sinne einer sozial gerecht verteilten und **solidarischen Finanzierung des Gesundheits- und Pflegewesens** für eine diskriminierungsfreie Versorgung für alle.

Wenn die künftigen Koalitionspartner möchten, dass ihr Bekenntnis zu einer inklusiven Gesellschaft im Sondierungspapier ernst genommen wird, müssen sie in den Koalitionsverhandlungen nachlegen: Die **Barrierefreiheit** im privaten und öffentlichen Bereich auszubauen und die **Arbeitsaufnahme** von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu fördern, ist wichtig und sinnvoll. Aber zu einer inklusiven Gesellschaft gehört, Menschen mit Behinderungen konkret in die Lage zu versetzen, ihr Leben selbst zu gestalten. Zu diesem Zwecke müssten sich Union und SPD noch einmal

mit dem **Bundesteilhabegesetz** befassen, das noch immer nicht zufriedenstellend umgesetzt ist.

Armut

13 Millionen sind nach der konventionellen Berechnung des Statistischen Bundesamtes armutsgefährdet. Dem Sondierungspapier zufolge ist dieser Umstand für die neue Regierung kein Handlungsauftrag. Armut wird **nicht als Problem thematisiert**, auch nicht die hohe Kinderarmut noch die steigende Altersarmut.

Arbeitsmarkt

In der Arbeitsmarktpolitik sieht das Sondierungspapier das Folgende vor:

- Bedeutung der aktiven Arbeitsmarktpolitik wird betont, mit welcher erwerbfähige Arbeitslose in dauerhafte Beschäftigung gebracht werden sollen
- Bürgergeld wird abgeschafft und zu einer neuen Grundsicherung für Arbeitssuchende umgestaltet
- Sicherstellung, dass die Jobcenter für die **Eingliederung ausreichend Mittel** zur Verfügung gestellt bekommen
- Vermittlung in Arbeit soll gestärkt werden, **Wiedereinführung Vermittlungsvorrang**
- Vermittlungshemmnisse sollen beseitigt, mit Qualifizierung und dann dauerhaften Integration in Arbeitsmarkt begegnet werden
- Außerdem: Mitwirkungspflichten u. Sanktionen werden verschärft, bis hin zu **vollständigem Leistungsentzug**
- Bedeutung einer starken und unabhängigen Mindestlohnkommission wird betont
- Für die Entwicklung des Mindestlohns wird sich die Mindestlohnkommission im Rahmen einer Gesamtabwägung sowohl an der Tarifentwicklung als auch an 60 Prozent des Bruttomedianlohns von Vollzeitbeschäftigten orientieren. Auf diesem Weg soll ein **Mindestlohn von 15 Euro im Jahr 2026 erreichbar** sein.

Beim Bürgergeld erfolgt auf elf Zeilen eine **Rolle rückwärts zu Hartz IV**. Totalsanktionen haben drastische Auswirkungen: Rund ein Drittel der Sanktionen betrifft Haushalte mit Kindern. Auch wenn formal nur der Regelsatz der Eltern betroffen sein sollte, hat das Auswirkungen auf das, was im Kühlschrank für die ganze Familie steht. Totalsanktionen gefährden also im Zweifelsfall auch Kindeswohl.

Die Wiedereinführung des **Vermittlungsvorrangs** heißt auch, dass Weiterbildungen unterbrochen werden müssen. Den Betroffenen wird damit die Perspektive auf eine Arbeit, in der er sich nach seinen Fähigkeiten einbringen kann, verbaut und der Gesellschaft werden potenziell besser ausgebildete Arbeitskräfte entzogen.

Positiv ist zu erwähnen, dass die Bedeutung der **aktiven Arbeitsmarktpolitik** betont wird und dass die Jobcenter ausreichend Mittel für die Eingliederung zur Verfügung gestellt bekommen, wobei unklar ist, was Letzteres konkret bedeuten wird. Erfolgreiche

Instrumente wie die öffentlich geförderte Beschäftigung nach § 16i SGB II oder andere grundsätzlich sinnvolle Instrumente wie die ganzheitliche Betreuung nach § 16k SGB II werden nicht erwähnt.

Die Erwähnung des Mindestlohns in Höhe von 15 Euro ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings bleibt die Formulierung weich: Die 15 Euro werden als eine Möglichkeit für 2026 dargestellt.

Klima

In Sondierungspapier bekennen sich die Parteien zwar zu den Klimazielen, ohne Angabe allerdings, wie diese Ziele eingehalten werden sollen.

Die Klimakrise wird in dem Sondierungspapier nicht in ihrer Dramatik erfasst, sondern als Randproblem behandelt, welches sich mit technischen Mitteln lösen lassen wird und der Wirtschaft untergeordnet ist. Dafür stehen exemplarisch die Aussagen zu Kernfusion und CCS (Abscheidung und unterirdische Speicherung von CO₂), an deren Umsetzbarkeit und positiven Wirkung große Zweifel bestehen.

Positiv ist, dass die **Übertragungsnetzentgelte** halbiert werden sollen und die **Stromsteuer** auf das europäische Mindestmaß gesenkt werden soll, weiteres Soziales beim Thema Klimaschutz ist allerdings nicht zu finden

Zum Thema Heizungstausch (Gebäudeenergiegesetz) taucht im Papier eine „Grüngasquote“ auf, was bedeutet, dass Erdgas durch Biomethan und Wasserstoff ersetzt werden soll – was sowohl klimapolitisch als auch sozial hochproblematisch ist.

Die **Anpassung an die Folgen** der Klimakrise findet keine Erwähnung.

Ein klares Bekenntnis zum beliebten **Deutschlandticket**, das für unbürokratische Nutzerfreundlichkeit im ÖPNV steht, findet sich im Sondierungspapier nicht. Stattdessen soll über die Fortsetzung in den Koalitionsverhandlungen beraten werden.

Migration

Die Sondierungsvereinbarungen stellen mit ihren zahlreichen geplanten Verschärfungen einen **massiven Backlash im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik** dar. So wird Deutschland weder seinen humanitären, europa- und menschenrechtlichen Verpflichtungen gerecht werden, noch kann es sich als „einwanderungsfreundlich“ und „weltoffen“ bezeichnen – was die Parteien in der Einleitung trotz allem tun.

Unter den wenigen positiven Aspekten ist festzuhalten, dass mehr in Integration investiert und Fachkräfteeinwanderung vereinfacht werden soll. Hier müssen nun i.R.d. Koalitionsverhandlungen bessere Rahmenbedingungen konkret vereinbart werden: So bedarf es neben der bedarfsgerechten und nachhaltigen Finanzierung der Integrations- und sonstigen Sprachkurse auch entsprechende Garantien für die Migrationsberatung für

erwachsene Zugewanderte (MBE). Aber auch die bedarfsgerechte und zuverlässige Finanzierung der Psychosozialen Zentren mit ihrem ganzheitlichen Ansatz von Therapie und psychosozialer Beratung spielt eine essenzielle Rolle bei der Integration, denn nur nach erfolgreicher Behandlung können sich traumatisierte Geflüchtete wirklich auf Spracherwerb und Berufseinstieg konzentrieren.

Daneben sollen **alle rechtsstaatlichen Maßnahmen ergriffen werden, um die sog. „irreguläre Migration“ zu reduzieren.** Dazu gehören nach Auffassung der Verhandler*innen auch die **Zurückweisung von Asylsuchenden** an den deutschen Grenzen – obwohl dies nicht nur europarechtswidrig ist, sondern auch den europäischen Zusammenhalt gefährdet. Tatsächlich muss in jedem Einzelfall geprüft werden, ob das Asylgesuch zulässig und welcher Mitgliedstaat für das Asylverfahren zuständig ist. Das ist nicht ad hoc an der Grenze möglich.

Besonders kritisch: Anstatt legale und sichere Fluchtwege für Schutzsuchende auszubauen, sollen wichtige sichere und legale Zugangswege wie **Humanitäre Aufnahmeprogramme oder der Familiennachzug zu subsidiär Geschützten beendet bzw. ausgesetzt werden.** Dies verletzt nicht nur fundamentale Menschenrechte, sondern trifft damit auch besonders Schutzbedürftige wie Frauen und Kinder. Wer die sog. „irreguläre Migration“ reduzieren will, muss legale Zugangswege wie den Familiennachzug, humanitäre Visa, das Resettlement-Programm sowie humanitäre Aufnahmeprogramme wie das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan fortsetzen und ausbauen.

Im Rahmen einer „**Rückführungsoffensive**“ soll unter vielen weiteren Verschärfungen der erst während der laufenden Legislaturperiode eingeführte **verpflichtende Rechtsbeistand abgeschafft** und gleichzeitig **Abschiebungen selbst nach Syrien und Afghanistan** erfolgen. Hierdurch drohen massive Menschenrechtsverletzungen.

Hinzu kommt, dass im Asylrecht der **Amtsermittlungsgrundsatz** durch den sonst nur im Zivilrecht üblichen „**Beibringungsgrundsatz**“ ersetzt werden soll. In der Folge könnte es dazu kommen, dass wichtige Schutzgründe nur deshalb nicht anerkannt werden, weil sie nicht in ausreichendem Maße vorgetragen werden. Ohne eine anwaltliche Vertretung oder eine sehr qualifizierte Asylverfahrensberatung wird dies für die meisten Asylsuchenden nicht zu leisten sein. **Hier wird besonders deutlich, was im Koalitionsvertrag fehlt: eine Aussage über den längst überfälligen flächendeckenden Ausbau der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung.** Insgesamt braucht es erhebliche Nachbesserungen, um die Rechtsstaatlichkeit und Schutzgewährung im Asylverfahren sicher zu stellen.

Keine Erwähnung findet auch das **Chancen-Aufenthaltsrecht**, das 2025 ausläuft und dringend entfristet und stichtagsunabhängig ausgestaltet werden muss.

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Angesichts der enormen globalen humanitären Herausforderungen fällt besonders auf, dass die Humanitäre Hilfe im Sondierungspapier von CDU/CSU und SPD keine Erwähnung

findet. Zudem wird der Bereich der Entwicklungszusammenarbeit lediglich im Kontext von Flucht und Migration – als Hebel für eine bessere Kooperationsbereitschaft mit Herkunftsländern – beleuchtet. Angesichts der Zunahme von Konflikten und einer sich zuspitzenden Versorgungslage bedarf es dringend vielmehr einer breit aufgestellten und finanziell verstetigten Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe.

Wohnen

Wohnen macht arm. Von Renten und Löhnen bleibt wegen steigender Wohnkosten zunehmend weniger zum Leben übrig. Eine Studie des Paritätischen ermittelte erst kürzlich, dass allein durch die hohen Wohnkosten 5,4 Millionen Menschen zusätzlich in Armut leben. Umso auffälliger ist, dass das Sondierungspapier beim Thema **Mieter*innenschutz extrem zaghaft** ausfällt.

Beim Thema Wohnen geht es im Papier im Wesentlichen um Neubaupolitik und darum schneller und effizienter zu bauen. Dass mehr Bauen an sich noch nicht mehr Angebote im bezahlbaren Wohnen garantiert, bleibt dabei vollkommen unberücksichtigt.

Der Satz zum Mieter*innenschutz bleibt genauso vage. Obwohl viele Instrumente bekannt sind, wird kein wirkungsvolles genannt. Diese Unbestimmtheit kann man optimistisch als Ankerpunkt für die vertiefenden Beratungen der Fach-Gruppen bewerten. Oder aber es ist zu befürchten, dass man keinen Mieter*innenschutz (auf „Kosten“ von Vermietenden) will.

Die **Mietpreisbremse** soll nach dem Papier zunächst für zwei Jahre verlängert werden. Kein Wort findet sich im Sondierungspapier dazu, dass die Mietpreisbremse entfristet und nachgeschärft werden muss und dass ihre Schlupflöcher z.B. beim möblierten Wohnen und Kurzzeitvermietungen geschlossen werden müssen. Aufgrund des nahenden Auslaufens der bisherigen Mietpreisbremse und den nötigen Verordnungen auf Länderebene muss die angestrebte Verlängerung umgehend erfolgen.

Beim so dringend erforderlichen Ausbau des **sozialen Wohnungsbaus** fehlen im Sondierungspapier jegliche Zahlen dazu, wie viel Geld vom Bund investiert werden soll oder dazu wie viele Sozialwohnungen der Bund zu bauen plant. Optimistisch gesprochen lässt sich aus der Vagheit dieser Formulierung ein Arbeitsauftrag für die Fachgruppen in den Koalitionsverhandlungen rauslesen: dieses Feld mit genauen Zahlen zu untersetzen und zudem wirkungsvollen Maßnahmen zum Mieter*innenschutz zu verabreden wie z.B. die Ermöglichung eines Mietendeckels in Gegenden mit angespannten Mietmarkt.

Ohne konkrete Maßnahmen zum Mieter*innenschutz wird die Wohnungspolitik der neuen Regierung sich allein auf die Förderung von Eigentumbildung im gehobenen Mittelstand bzw. für die, die sich das derzeit ohnehin leisten können, reduzieren. Die Nöte, der Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die sich ihre Miete vom Munde absparen oder die verzweifelt eine bezahlbare Wohnung suchen, sowie die Nöte von Wohnungslosen werden hingegen nicht gesehen. Ganz zu schweigen von den sozialen Einrichtungen, die dringend Fortschritte beim **sozialen Gewerbemietrecht** brauchen.

Alterssicherung

Laut Sondierungspapier soll das Rentenniveau gesichert werden. Dies ist positiv als eine Absage an Kürzungen des Niveaus der Gesetzlichen Rentenversicherung interpretierbar. Leider fehlt hier eine Zahl und die ausdrückliche Nennung der Gesetzlichen Rentenversicherung. Um in der Wahlperiode unnötige Streitereien durch bewusst offen gehaltene Interpretationsmöglichkeiten zu vermeiden, sollte im Koalitionsvertrag verbindlich festgehalten werden, dass der Status quo bei der Gesetzlichen Rentenversicherung bei 48 Prozent gemeint ist.